

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 64 (1985)  
**Heft:** 9

**Buchbesprechung:** Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft : Hoffnungen statt Argumente [Henner Kleinewefers]

**Autor:** Jans, Armin

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Hoffnungen statt Argumente

Armin Jans über Henner Kleinewefers' neues Buch

Laut Vorwort möchte das Buch «dem Leser einen repräsentativen und kritisch kommentierten Überblick über die zeitgenössischen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformideen für entwickelte Industriestaaten europäischer Tradition vermitteln» (S. 15). Ausgangspunkt bildet das gegenwärtige kapitalistische System, zu dessen Analyse der Autor auf Schumpeters 1942 erschienenes Werk «Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie» zurückgreift.

Schumpeters Grundthese lautet, dass sich der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Erfolge zerstöre und notwendigerweise einer sozialistischen Gesellschaftsform Platz machen werde. Der Autor folgt dieser These insoweit, als er – wegen der staatlichen Eingriffe – eine zunehmende Fesselung des Kapitalismus feststellt. Tot sei dieser allerdings noch nicht, vielmehr habe seine Schwächung dazu geführt, dass (abgesehen von seinem Weiterbestehen) andere Wege gegenwärtig Chancen erhalten, verwirklicht zu werden.

## Alternativen zu heute

Grob gesprochen werden drei solche Wege diskutiert:

- Neokonservative Versuche, einen Weg zurück zum freien Unternehmertum des 19. Jahrhunderts zu finden (anhand von Schriften der beiden Nobelpreisträger M. Friedman und F. A. von Hayek).
- Marktsozialistische Konzepte (Ota Siks «Dritter Weg» und die ungarische Reformpraxis der letzten 25 Jahre).

● Gruppensozialistische Ansätze (Bahros «Alternative», der NAWU-Report und das jugoslawische Selbstverwaltungs-experiment).

Sodann werden drei Kernfragen einer Wirtschaftsordnung beleuchtet – das Eigentum, der Wettbewerb und die gesamtwirtschaftliche Planung. Zum Schluss entwickelt der Autor eine «Skizze einer wünschenswerten ordnungspolitischen Entwicklung», die im folgenden im Mittelpunkt stehen soll.

## Von der Diagnose . . .

Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte sei hauptsächlich gekennzeichnet durch vier Problemkreise (S. 453 – 459):

1. Verlust der individuellen Selbständigkeit; Zentralisierung, Reglementierung, Anonymisierung treten an die Stelle von eigenverantworteten individuellen Entscheidungen.
  2. Spaltung der Gesellschaft durch Verteilungsprobleme, welche den Staat zum Spielball kurzfristig orientierter Gruppen ohne langfristige Perspektive verkommen lässt.
  3. Bürokratisierung vor allem des öffentlichen Sektors, wobei die Bürokraten in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen.
  4. Ein Wertwandel, der sich im Umweltbewusstsein, in der (zunehmend kritischen) Einstellung zum Staat und in der Renaissance der Gruppe ausdrückt.
- Politisch sei die Demokratie zur Diktatur der parlamentarischen Mehrheit, d.h. einer Koalition

nicht repräsentativer Minderheiten, verkommen. Dies und die Machtverschiebung zur Exekutive und zur Verwaltung habe zu einer massiven Ausdehnung der Staatstätigkeit geführt, was mit Verlusten an wirtschaftlicher Effizienz und an individueller Freiheit teuer bezahlt worden sei (S. 459 – 460).

## ... über Reformziele . . .

Reformvorschläge haben nach Auffassung des Autors folgenden 5 Anforderungen zu genügen (S. 461):

1. Begrenztheit der natürlichen Lebensgrundlagen;
  2. Wertwandel im Wachstumsprozess;
  3. Demokratie;
  4. langfristige Unverträglichkeit von Demokratie und Ungleichheit;
  5. genügend staatliche Macht und wirtschaftliche Effizienz, um in der Konkurrenz verschiedener Gesellschaftssysteme erfolgreich mithalten zu können.
- Reformvorschläge müssen darüber hinaus die oben diagnostizierten Probleme lösen können.

## ... zum eigenen Vorschlag

Der Vorschlag von Kleinewefers läuft darauf hinaus, «eine Demokratiereform im Sinne Hayeks mit einer Eigentumsreform im Sinne Siks zu verbinden» (S. 463). Von der letzteren verspricht er sich eine starke Nivellierung der Vermögensverteilung, da Produktivkapital zum grossen Teil neutralisiert wird. Unterschiede in der Einkommensverteilung würden sich auf

ungleiche Arbeitseinkommen reduzieren. Damit wäre das Verteilungsproblem gelöst, insbesondere wäre eine staatliche Regulierung der Einkommen und Vermögen überflüssig (S. 467). Von der Demokratiereform im Sinne Hayeks wird eine «radikale Entstaatlichung» erwartet (S. 474 – 476). Neben dem bereits angesprochenen Rückzug aus der Verteilungspolitik würden ein Verbot staatlicher Monopole (zwecks Wahlfreiheit z.B. im Bildungs- und Gesundheitswesen) und ein Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Planung (im speziellen auch auf eine «interventionistische» Konjunkturpolitik) hinzutreten: «Der Staat würde auf seine klassischen Funktionen reduziert» (S. 475). In die Lücke sollen u.a. neue Formen der Selbsthilfe nach dem Subsidiaritätsprinzip springen.

### Kritik

Auf den ersten Blick mag die Kombination einer Neutralisierung des Produktivkapitals mit einem neoliberal inspirierten Demokratiekonzept zumindest unkonventionell erscheinen. Ihr gemeinsamer Nenner besteht für Kleinewefers darin, dass sie zusammen «aus sich heraus» ein Höchstmaß an politischer wie wirtschaftlicher Stabilität erzeugen sollen, so dass die staatliche Tätigkeit auf ein Minimum beschränkt werden kann. Insofern bleibt Kleinewefers jener ökonomischen Denkrichtung verpflichtet, welche auf einzelne

wirtschaftspolitische Massnahmen (Prozesspolitik) zugunsten von allgemeinen Regeln (Ordnungspolitik) verzichten möchten.

Grundsätzlich erscheint dieser Ansatz von bestechender Einfachheit. Dies darf indes nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Vorteile bisher wenig überzeugend begründet wurden. Statt Argumenten werden optimistische (zuweilen fast naive) Hoffnungen gesetzt. Als Illustration seien die Ausführungen von Kleinewefers über den Umweltschutz angeführt: «Eine reformierte Demokratie würde durch ihre Gesetzgebung das vorhandene für den Umwelt- und Ressourcenschutz relevante Wissen voll ausschöpfen und seine Vermehrung anregen, während Interessentendruck und Verteilungskämpfe gegenwärtig verhindern, dass auch nur die längst bekannten Technologien voll genutzt, geschweige denn genügend Anreize zur Entwicklung neuer Technologien gegeben werden.» (S. 476) Praktisch sollen lediglich drei Problemkreise angesprochen werden:

1. Aus Erfahrung wissen wir, dass in Marktwirtschaften nicht automatisch Vollbeschäftigung erreicht wird. Dies gilt m.E. auch dann, falls das Produktivkapital neutralisiert wird. Bei einem Verzicht auf eine staatliche Konjunkturpolitik und einer radikalen Vereinfachung des sozialen Sicherheitsnetzes bleiben Arbeitslose auf sich selbst angewiesen. Eine duale Wirtschaft

– hier Beschäftigte, da Arbeitslose – darf indes nicht institutional begünstigt werden, um so mehr, wenn man die Folgen der elektronischen Revolution mitbedenkt!

2. Bleiben wir noch einen Moment bei der «radikalen Vereinfachung der sozialen Sicherheit». Es ist absolut unklar, wer hier für Betagte, Kranke, Verunfallte und Invalide sorgt. Die Reform könnte damit sehr wohl den Auftakt zu einer grossangelegten sozialen Demontage bilden!

3. Zur Bodenfrage finden sich kaum Hinweise. Ob und inwiefern Raumplanung und Regionalpolitik noch «erlaubt» wären, bleibt unklar. Aufgrund des Freihandels würde jedenfalls die Landwirtschaft einem starken Schrumpfungsprozess ausgesetzt, was vor allem für die Berggebiete nicht akzeptiert werden kann.

Zwar kann Kleinewefers mit seinem Buch interessante Denkanstöße liefern, wobei der Leser einen guten Überblick über die aktuelle Diskussion (Ausnahme: Arbeiten von Gorz!) gewinnt. Die Kritik dürfte indessen klar gemacht haben, dass Kleinewefers' eigener Vorschlag gewichtige Mängel aufweist und insbesondere mit seiner Entstaatlichung der sozialen Sicherheit ins letzte Jahrhundert zurückgeht.

---

Henner Kleinewefers, Reformen für Wirtschaft und Gesellschaft; Utopien, Konzepte, Realitäten, Campus-Verlag Frankfurt a.M. 1985 (532 S., 68 DM)